



Alexander Eickelpasch, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin

FÜNF FRAGEN AN ALEXANDER EICKELPASCH

»Rückstand Ostdeutschlands bei privater Forschung und Entwicklung: Forschungsintensive und größere Unternehmen schwach vertreten«

1. Herr Eickelpasch, nach der Wende wurden Forschung und Entwicklung (FuE) in Ostdeutschland stark ausgebaut. Wie groß ist heute der Unterschied zu Westdeutschland? Wenn man den Anteil des FuE-Personals an allen Beschäftigten, also die sogenannte FuE-Personalintensität und den Anteil der FuE-Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt betrachtet, dann stellt man fest, dass der Rückstand Ostdeutschlands immer noch gravierend ist. Bei der FuE-Intensität erreicht die Wirtschaft nur rund 50 Prozent des westdeutschen Niveaus. Bei den staatlichen Forschungseinrichtungen und den Hochschulen sieht es dagegen deutlich besser aus. Bei den staatlichen Einrichtungen ist die FuE-Intensität sogar doppelt so hoch wie in Westdeutschland.
2. Wie sieht es bei den Forschungsergebnissen aus? Gemessen an den Patentanmeldungen stellen wir beim Forschungs-Output immer noch einen deutlichen Rückstand gegenüber Westdeutschland fest, der auch in den letzten Jahren kaum geringer geworden ist. Ähnliches gilt auch für den Rückstand beim Anteil der neuen Produkte der Unternehmen am gesamten Umsatz. Das ist ein Indikator für die Innovationskraft von Unternehmen, der zeigt, dass in Ostdeutschland der Umsatz mit neuen Produkten im verarbeitenden Gewerbe bei 12 Prozent und in Westdeutschland bei 20 Prozent liegt. Beim Anteil der Industrieprodukte, die Marktneuheiten sind, liegt der Umsatzanteil in Westdeutschland bei 3,9 Prozent und in Ostdeutschland bei 2,0 Prozent.
3. Warum konnte Ostdeutschland trotz des starken Ausbaus nicht mit Westdeutschland aufschließen? Das liegt daran, dass nicht jedes Unternehmen forschen muss und nicht jedes Unternehmen forscht. In der Regel wird FuE von den sogenannten forschungsintensiven Industrien betrieben. Das sind der Maschinen- und Automobilbau sowie die chemische, pharmazeutische, elektrotechnische und elektronische Industrie. Diese forschungsintensiven Bereiche sind in Ostdeutschland weniger stark vertreten als in Westdeutschland. In diesen Branchen haben wir in Ostdeutschland 39 Prozent der Beschäftigung in der Industrie, in Westdeutschland sind es dagegen etwas mehr als 50 Prozent der Beschäftigten. Der andere Grund ist, dass in Ostdeutschland größere Unternehmen weniger stark vertreten sind als in Westdeutschland. In der Regel forschen und entwickeln große Unternehmen mehr als kleine Unternehmen.
4. Wie groß sind die regionalen Unterschiede? Es ist wichtig, dass man Ostdeutschland nicht als ein homogenes Gebiet ansieht, sondern erkennt, dass auch hier ähnlich wie in Westdeutschland relativ starke regionale Unterschiede vorliegen. Eine der forschungsstarken Regionen ist das Land Berlin, aber auch Sachsen und Thüringen sind stark in Forschung und Entwicklung. Wir kennen das ja auch aus Westdeutschland: Schleswig-Holstein zum Beispiel ist weit weniger forschungsstark als Baden-Württemberg oder Bayern. Insofern muss man diese regionalen Unterschiede immer berücksichtigen.
5. Was kann die Politik tun, um die Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland weiter voranzutreiben? Wenn man sich die Entwicklung der Politikprogramme seit der Wende anschaut, stellt man fest, dass seit 2008 die Bundesregierung eine Vereinheitlichung der Forschungs- und Förderprogramme für die private Wirtschaft angestrebt und umgesetzt hat. Beispielhaft ist das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM), das seit 2008 für West- wie auch für Ostdeutschland gilt. Man darf auch nicht vergessen, dass die Innovationspolitik eine wachstumsorientierte Politik ist, die nicht auf den Ausgleich regionaler Entwicklungsunterschiede ausgerichtet ist. Insofern war diese Vereinheitlichung der Förderbedingungen im Jahr 2008 ein Schritt in die richtige Richtung. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, diesen Schritt weiterzugehen und nach dem Auslaufen der bisherigen ostspezifischen Förderprogramme im Jahre 2020 darüber nachzudenken, auch hier eine Vereinheitlichung der Förderbedingungen anzustreben.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Dietmar Edler

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.